

politische Sprengwirkung der Nachricht.

Dem Hinweis, SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr habe die neue Waffe „ein Symbol der Perversion des Denkens“ genannt, weil nicht der Mann, sondern die Maschine erhaltenswert erscheine, begegnete er kühl, es handele sich lediglich um eine sogenannte „Theatre Weapon“, eine Gefechtsfeldwaffe: „Solche Waffen hat es schon bisher in größerer Vielfalt auf westlicher wie auf sowjetischer Seite gegeben.“

Erst später erkannte er, daß die Schreckensmeldungen über die neue Waffe und deren Wirkungen die Deutschen offenbar doch mehr bewegten als frühere Botschaften aus den Militärlabors: Die N-Bombe ist für den Einsatz

der N-Bombe in der Öffentlichkeit und in der eigenen Partei schaden könnte.

Intern freilich gab er zu erkennen, daß er Egon Bahrs Bomben-Bann nicht so ganz versteht: Die moralische Bewertung der Nuklearwaffen dürfe nicht erst beim Neutronensprengkopf einsetzen. Dann hätte man sich schon seit je darüber entrüsten müssen, daß auf deutschem Boden unzählige, in ihrer Wirkung weit verheerendere Atomwaffen gelagert sind.

Bundeskanzleramt, Auswärtiges Amt und Verteidigungsministerium beauftragte der Kanzler, eine beruhigende Sprachregelung auszuarbeiten. Die sollte dann der als besonders vertrauenswürdig angesehene Verteidigungsminister Leber per Television unter Volk bringen — was der Hardthöhen-Chef am vergangenen Freitag

sowjetischen Gast klarmachen, daß auch der US-Präsident den Ausgleich mit Moskau anstrebe.

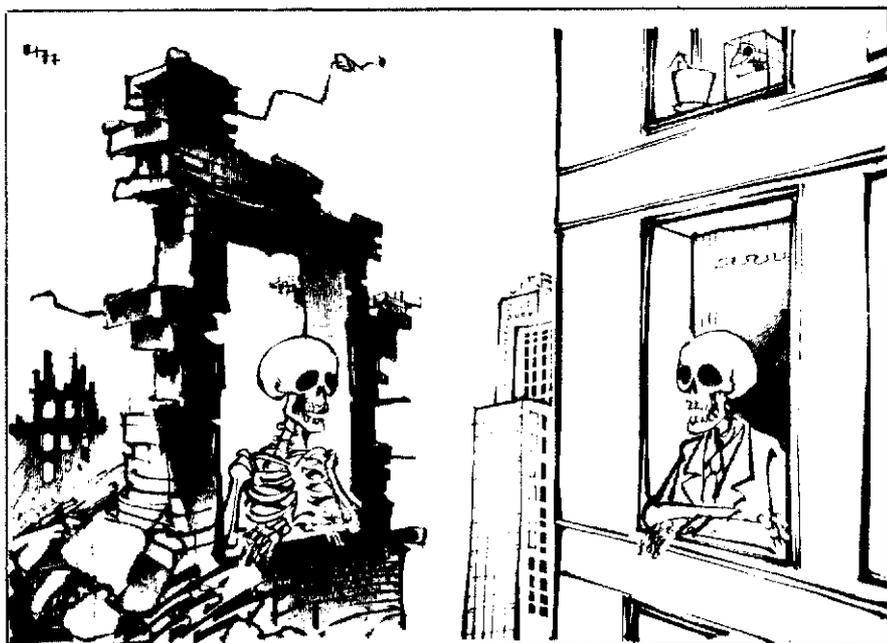
Schmidt möchte Breschnew dazu bewegen, durch einen Abbau der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa deutlich zu machen, daß die Entspannungspolitik trotz aller Rückschläge weitergeht. Wenn die Gespräche der beiden Supermächte über die Begrenzung der strategischen Waffen (Salt) nicht vorankämen, so möchte der Kanzler mit Carters Einwilligung argumentieren, sollten die Wiener Verhandlungen über einen gleichgewichtigen Truppenabbau in Mitteleuropa (MBFR) zeitlich vorgezogen werden.

Auch weiß Helmut Schmidt schon, wie der Wiener Kongreß, der sich am letzten Donnerstag ergebnislos bis zum Herbst vertagte, endlich vorgebracht werden kann. Während sich die Unterhändler der 19 Nationen bislang nicht mal darüber einigen konnten, wieviel Truppen beide Paktsysteme in Mitteleuropa überhaupt unterhalten, soll der Westen nicht mehr darauf bestehen, Mann gegen Mann, Panzer gegen Panzer aufzurechnen.

Statt dessen sollen die Wiener Berater eine annähernd gleiche Höchststärke für Ost und West festlegen und den Überhang auf beiden Seiten prozentual gleichmäßig abbauen, wie es sowjetischen Wünschen entspricht.

Carters Superwaffe aber gefährdet nun Schmidts Pläne, das Verhältnis zwischen Moskau und Washington aufzulockern und neue Bewegung in die festgefahrenen Entspannungsgespräche zu bringen.

Bevor die MBFR-Unterhändler vergangene Woche in die Sommerferien gingen, erklärten Ost-Delegierte kühl, Konferenzerfolge seien unwahrscheinlich, wenn die Neutronenbombe in Westeuropa stationiert würde. Polens Delegationschef Slawomir Dabrowa: Jede solche Absicht verstoße gegen Geist und Ziele der Verhandlungen.



tz. München

„Finden Sie diese Atom- oder die Neutronenbombe humaner?“

in Mitteleuropa, also auch in Deutschland, konzipiert.

Angeheizt wurden die Debatten zudem durch die Bemerkung des amerikanischen Nato-Oberbefehlshabers General Alexander Haig, die neue Waffe habe bei den Europäern „begeisterte Zustimmung“ gefunden. Verteidigungsminister Leber wütend: „Dies ist schlicht falsch.“ Tatsächlich haben die Nato-Verteidigungsminister bisher weder über Stationierung noch über Einsatz der N-Waffe beraten.

Im Bundeskabinett gab der Kanzler dann am letzten Mittwoch die Parole aus, das Thema Neutronenbombe „mit größter Behutsamkeit“ anzupacken, der psychologische Aspekt dürfe nicht übersehen werden. Schmidt hatte mittlerweile erkannt, daß ihm seine im Gegensatz zur Bahr-Erklärung eher technokratisch-verharmlosende Bewertung

denn auch tat. Leber besänftigte, noch sei keine Entscheidung über Bau und Stationierung der neuen Bombe gefallen: „Wir wissen nun, was auf uns zukommt an Überlegungen und müssen rechtzeitig unser Wort zur Geltung bringen.“

Doch nicht nur für das politische Klima daheim, auch außenpolitisch kommt Schmidt die neue Massenvernichtungswaffe äußerst ungelogen.

Angesichts der vornehmlich durch Präsident Jimmy Carters Menschenrechtsoffensive arg abgekühlten Ost-West-Beziehungen hatte sich Schmidt bei seinem Besuch in Washington als Mittler zwischen den beiden Supermächten angeboten.

Er versuchte, Carter davon zu überzeugen, daß die Stellung des entspannungswilligen Leonid Breschnew nicht geschwächt werden dürfe. Und im Oktober, wenn der Sowjetführer nach Bonn kommt, will der Kanzler seinem

DEUTSCHLAND-POLITIK

Läuft nichts

Mit dem Hinauszögern neuer innerdeutscher Verhandlungen hat Bonn die Beziehungen zu Ost-Berlin auf einen Tiefstand gebracht und den West-Berliner Senat verärgert.

Als Berlins neuer Regierender Bürgermeister Dietrich Stobbe bei seiner Regierungserklärung Ende Mai auf die innerdeutschen Verhandlungen zu sprechen kam, brachte er mitten im Programmatischen eine deutliche Mahnung unter: „Wer ausschlägt, was jetzt machbar ist, bringt die Menschen... um ein Stück besserer Gegenwart und betrügt sie um ein gutes Stück Hoffnung für die Zukunft.“

Wen Stobbe dabei im Visier hatte, schien seinen Zuhörern eindeutig.

Denn Deutschland-Experten aus dem Bonner Kanzleramt und Egon Frankes Innerdeutschem Ministerium hatten oft genug kolportieren lassen, warum der Ost-West-Dialog seit knapp einem Jahr vornehmlich aus Schweigen besteht: Bevor Ost-Berlin nicht von seiner Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und DDR-Staatsgrenze lasse, habe Bonn wenig Neigung, eine neue deutsch-deutsche Verhandlungsrunde zu eröffnen.

Daß diese Deutung den Sachverhalt eher auf den Kopf stellt, machte Stobbe einen Monat später auf einer Pressekonferenz klar. Es sei nun endlich an der Zeit, grollte er, daß Bonn die Gespräche beginne, bei denen aus West-Berliner Sicht der Bau einer Autobahn nach Hamburg und der Anschluß der „Strominsel“ an ein Ost-West-Verbundnetz von besonderem Gewicht seien.

Mit seiner kaum verbrämten Kritik an der Verzögerungstaktik der Bundesregierung schlug sich Stobbe auf die Seite jener Sozialliberalen, die — allen voran der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner — ihrem Kanzler neuerdings die deutschlandpolitische Gefolgschaft versagen.

Da sich der Hamburger Schmidt fast nur noch um Außen- und Wirtschaftspolitik kümmert, ist die Deutschlandpolitik „von Platz drei auf seiner Prioritätenliste auf Platz neun abgerutscht“, wie ein Mitglied der Wehner-Fronde zu wissen glaubt.

Des Kanzlers offenkundiges Desinteresse wiegt besonders schwer, weil es auch nicht durch das Engagement jenes Mannes ausgeglichen wird, den sich Schmidt als deutschlandpolitischen Chefberater eigens ins Kanzleramt holte: Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski. Dem, so bilanzierten Experten dessen achtmonatige Tätigkeit, mangle es an Phantasie und Einsatzfreude für das innerdeutsche Geschäft.

Die Folgen sind fatal: Obwohl es in den letzten Wochen trotz grundsätzlicher Differenzen zwischen Bonn und Ost-Berlin günstige Gelegenheiten gab, wenigstens mit den Sondierungen zu beginnen, geht jetzt nichts mehr.

Frühestens nach der Sommerpause können die Unterhändler beider Seiten zusammentreffen. Und obwohl Bundeskanzler Schmidt Anfang des Monats noch in einem Brief an SED-Chef Erich Honecker erneut Gesprächsbereitschaft signalisierte, ist mittlerweile nicht einmal mehr sicher, ob die DDR von dem Bonner Angebot den erwarteten Gebrauch machen wird. Ein Ost-Berliner SED-Funktionär: „Wir können in den entscheidenden Punkten keine Konzessionen machen.“

Dabei hatte es Anfang des Jahres noch ganz hoffnungsvoll ausgesehen.

Während auf des Kanzlers Geheiß Experten jene 84 Punkte zusammenstellten, über die man mit der DDR reden wollte, Lappalien aus dem Postverkehr ebenso wie Lebenswichtiges aus dem Bereich des Umweltschutzes, legte sich auch das SED-Politbüro einen exakten Fahrplan zurecht.

Zwar wurde die Bonner Materialsammlung später zusammengestrichen. Daß man ihren ursprünglichen Umfang dennoch bekanntmache, gilt dem Berliner FDP-MdB Hans-Günter Hoppe nachträglich als erstes Glied einer Kette von Fehlhandlungen: „Selbst wenn wir bei fünf zentralen Fragen ein gutes Ergebnis erzielen, kann die Opposition sagen: Dafür sind aber 79 Punkte offengeblieben.“

Nach der Inventur zeigten die Bonner baldige Verhandlungsbereitschaft

Die DDR-Führung hatte schon lange mit Mißbehagen registriert, daß Kohl, einst zusammen mit Egon Bahr einer der Architekten der innerdeutschen Verträge, von Bonn als Verhandlungspartner geschnitten wird. Außerdem bestand sie auf Wiedergutmachung für „Verleumdungen“: Anfang des Jahres hatte der stellvertretende Bundesbevollmächtigte in Berlin, Hermann Kreuzer, behauptet, Kohl sei ihm als früherer Sowjet-Agent bekannt.

Da der Bonner DDR-Vertreter Protektion von höchster Stelle besitzt — sein Sohn ist mit der Tochter des Mitglieds der „Sicherheitsfraktion“ im ZK der SED, Erich Mielke, verheiratet —, hielt es die Koalitionsrunde für angeraten, den diplomatischen Schwerpunkt der Verhandlungen wenigstens in deren Anfangsphase auf Kohl zu verlagern.



Berlins Regierender Bürgermeister Stobbe: Betrogene Hoffnungen

an. Anfang April teilte Wischniewski mit, die Bundesregierung werde „in Kürze“ ihre Gespräche mit der DDR beginnen. Am 20. April erklärte Kabinettsprecher Klaus Bölling, der Themenkatalog sei fertiggestellt. Am 2. Mai legte die Koalitionsspitze fest, wann und wo mit wem verhandeln solle.

Das „Koalitionskränzchen“ kam überein, Wischniewski die Sondierungsgespräche zu übertragen, danach solle dann Bonns Mann in Ost-Berlin, Staatssekretär Günter Gaus, die Koordination und Leitung der vereinbarten Sachgespräche übernehmen.

Die Beförderung Wischniewskis zum Chefunterhändler ging dabei weniger auf die Abneigung des Kanzlers gegen Gaus zurück, sie kam eher einem Wunsch der DDR entgegen, die ihren Mann in Bonn, Michael Kohl, wieder mehr beschäftigt sehen will.

Obwohl sich die beiden Unterhändler bereits zu informellen Vorgesprächen getroffen hatten — ein Kanzlerberater: „Die sind mal essen gegangen“ —, blieb das Zeichen zum Verhandlungsstart aus.

Am 4. Mai wurde mit der 30jährigen Dagmar Kahlig-Scheffler nach Günter Guillaume ein weiterer DDR-Spion im Kanzleramt enttarnt. Da der Abteilungsleiter, in der die Sekretärin beschäftigt war, DDR-Unterlagen routinemäßig zugingen, wußte Ost-Berlin alle Einzelheiten der Verhandlungsstrategie, bevor die erste Unterredung überhaupt stattgefunden hatte.

Ins düstere Bild der gestörten Beziehungen paßte auch die Forderung der Sowjets, die drei Westalliierten sollten ihre seit 30 Jahren üblichen Patrouillenfahrten in Ost-Berlin künftig unterlassen. Zwar begründete Moskau sein

„Willst du den Herren Sauerkraut servieren?“

SPIEGEL-Redakteur Jürgen Leinemann über den deutsch-französischen Gipfel im Wirtshaus „Zum Ochsen“

Als Martha Voegtling, Wirtin „Zum Ochsen“ in Blaesheim bei Straßburg, ihre zufriedenen Gäste so sitzen sah — Helmut Schmidt die Arme lässig über die Lehne gebaumelt und selbst Valéry Giscard d'Estaing auf feinste Weise räkelig, da kam ihr plötzlich eine Erkenntnis: „Die sind ja ganz einfach. Die wollen ja auch nur ihre Ruhe haben wie wir selbst.“

Nun ist es für den französischen Staatspräsidenten und den deutschen Bundeskanzler so einfach nicht, einfach zu sein, zumal nicht bei amtlichen Begegnungen. Und es bedurfte schon eines hohen Maßes von Aufwand und Künstlichkeit, um dem Treffen der beiden Regierungschefs in dem kleinen Dorf im Elsaß am Dienstag vergangener Woche jenen Anschein populärer Biederkeit zu geben, der bezweckt war.

Geplant war eine Begegnung in Straßburg schon lange. Giscard's Generalsekretär Jean François-Poncet und Schmidts Kanzleramtschef Manfred Schüler übernahmen die Vorbereitungen. Sie einigten sich auf einen Termin nach der USA-Reise des Kanzlers.

Man kann das genüßliche Zungen-schnalzen der Public-Relations-Experten an der Seine nachempfinden, als sie den Plan abschmeckten. Was da nicht alles unterschwellig mitschwang: Versöhnung zwischen den früheren Erbfeinden im einst umstrittenen Grenzgebiet. Freundliche Menschen, die ebenso behäbig französisch wie deutsch parlieren, ein Restaurant, das sich genauso stolz „Bœuf“ wie „Zum Ochsen“ nennt, mit einem Besitzer, der sich dem Hohenpriester der neuen französischen Küche, Paul Bocuse, mindestens ebenbürtig fühlt und zugleich Grand Maître der Hobbyköche von Mannheim ist.

Alles paßte — für den Grandseigneur aus Paris, der sich so gern wie Harun Al Raschid unter simple Volk mischt, so gut wie für den Eintopfesser vom Brahmsee.

Doch bedurfte die Wirklichkeit, bevor sie richtig auf der Höhe der Begegnung war, erst ein wenig der Korrektur. Beispielsweise müssen die Leute weg, bevor sich Staatsmänner unter die Leute begeben. Georges Voegtling mußte sein Lokal am Dienstag schließen. Das war ihm gar nicht recht, „weil doch meine Gäste meine Gäste sind“. Aber einst als deutscher Fallschirmjäger hat er gelernt, sich zu fügen.

Die heimelige Gaststube mit rot karierten Vorhängen, breitem weißen Kachelofen, Trachtenbildern und Balkendecke fanden auch die Sicherheitsbe-



Blaesheim-Besucher Giscard, Schmidt: Grandseigneur und Eintopfesser

amten schön. Nur nicht sicher. „Hier darf niemand rein“, ordneten sie an, und das galt auch für die hohen Gäste. Sie mußten im „Neuen Saal“ tafeln, wo man normalerweise nur sitzt, wenn es da voll ist, wo man eigentlich sitzen möchte.

Bequem ist es beim Ochsen-Wirt, einfach und gemütlich. Das fanden die Protokollfachleute zwar alles sehr ansprechend, aber doch nicht für solche Gäste. Also ließ Georges Voegtling Stilsessel und einen ovalen Tisch aus dem rosaroten Empire-Schloß von nebenan herbeischaffen, einst Sitz der Familie Bock von Böcklinsau, heute Besitz eines Papierfabrikanten.

Als die Präfektur in Straßburg dann noch zusätzlich private Räume forderte, zum Telefonieren und Ausruhen, bot der gequälte Maître an, das ganze Treffen gleich ins Schloß zu verlegen. Aber da hatte er die Herren nun wirklich falsch verstanden — ein Schloß sollte es doch gerade nicht sein, sondern der „Ochse“. Also räumten Voegtlings ihre Privatwohnung.

Was das Haus freilich vor allem bekannt gemacht hat, ist die Kochkunst des Chefs. Und gerade auf diesem Gebiet erlebte Maître Voegtling seine größte Enttäuschung. Tagelang hatte er sich ausgemalt, was er den Gästen vorsetzen wollte: frischen Lachs als Vorspeise, Rehnüßchen als Hauptgericht vielleicht. Er mußte seine Speisekarte

nach Straßburg einschicken, von dort gingen Photokopien nach Paris.

Die Bestellung, die dann eintraf, hat er „kulinarisch gesehen nicht gemosen“. Die Vorspeise „La petite marmite Henri IV“ klingt gut und schmeckt gut. Aber es ist — und man muß den traurigen Chef dieses Wort verächtlich ausspucken hören — „nichts als ein Suppeneintopf“. Als Hauptspeise wollten seine Gäste Filetsteak nach Straßburger Art — „das ist für mich als Koch ein Bettel“.

Immerhin hatte er sich vorbehalten, daß sein Sohn Richard und drei Helfer ungestört kochen und die Fenster dabei öffnen dürfen, während sonst alles im Haus verriegelt und verrammelt wurde. Zunächst blieben die Topfkünstler auch mit ihren Düften allein, am Ende aber saßen 42 Sicherheitsbeamte in Voegtlings Küche. Und vor dem offenen Fenster standen auch noch welche.

Alle Vorverhandlungen, weiß der Ochsen-Georges, verliefen unter höchster Geheimhaltung über knapp zwei Wochen. „Sicherheitsstufe eins“, schaudert der Wirt noch nachträglich. Voegtling wußte nur, daß ihm „hochgestellte Persönlichkeiten“ ins Haus standen, „höher als Minister“, wie er nach hartnäckigem Bohren erfuhr.

Er tippte auf einen sowjetischen Minister, „weil Russen hier öfter Werke besichtigen“. Seine Frau war sicher, sie würden den Schah von Persien beherr-

bergen. Direkte Nachbarn aus dem Osten schlossen sie dagegen von vornherein aus: „Um Deutsche machen die hier nicht so viel Tamtam.“

Die denkwürdige Wahrheit erfuhr der Wirt dann telefonisch um halb elf Montag vormittag. Streng ermahnt schwieg er danach weiter. Sein Kellner Raymond erfuhr erst am Dienstag mittag aus dem Radio, wem er vorlegen sollte.

Noch später wurden die 952 Dörfler eingeweiht in das, was heute im stolzen Blaesheim „das Ereignis“ heißt. Bürgermeister Paul Baur erreichte die hochamtliche, geheime Nachricht am Montag abend um acht.

Am Dienstag morgen um acht Uhr, längst hatte Radio Luxemburg den „Ochsen“ in Blaesheim als Ort der Begegnung enttarnt, trafen Bürgermeister Baur — in seiner Eigenschaft als Sauerkraut-Belieferer des „Ochsen“ — und Maître Voegtling zusammen. Zehn Kilogramm Sauerkraut hatte der Ochsenwirt beim Bürgermeister bestellt. Jeder der beiden Geheimnisträger wußte wofür, aber keiner wußte, ob der andere wußte. Augenzwinkernd rang sich Baur zu der Frage durch: „Willst du den Herren Sauerkraut servieren?“ Und ebenso augenzwinkernd zuckte Maître Voegtling die Achseln.

Aber dann war nichts mehr zu verbergen: Das Fernsehen schwärmte aus, das deutsche und das französische, Kabel wurden gelegt, die Möbel aus dem Schloß geschleppt (Voegtling kriegte dabei amtliche Hilfe: „Zwei Mann zum Tragen und 25 zum Aufpassen“). Die Nachbarn des „Ochsen“ mußten sich streng auf ihre Zuverlässigkeit überprüfen lassen. In jedem Haus quartierten sich zwei Sicherheitsbeamte ein, die mobile Gendarmerie besetzte Blaesheims Wahrzeichen, den Glöckelsberg (196,5 Meter) mit Turm, und als Hauptfrage diskutierte die Bevölkerung, „ob der Schmidt wohl seine komische Mütze mitbringt“.

Als Schmidt und Giscard dann eintrafen, waren sie von „mindestens 50 Motorrädern eskortiert“ und tausend Polizisten beschützt, wie Einwohner gezählt haben wollen. Rund 700 Blaesheimer jubelten unauffällig, aber sorgsam bewacht, „Vive le Président“ und „Vive le Bundeskanzler“. Die schüttelten Hände und zeigten Spaß an der Blasmusik.

So waren in Blaesheim alle miteinander recht zufrieden. Die Herren Regierenden genossen Bürgernähe und Gemütlichkeit, so „richtig frisch gelokert“, wie der Staatssekretär Schüler noch heute schwärmt, und die Blaesheimer bewunderten die Obrigkeit. „So“, mutmaßte ein alter Dörfler sinnend, „muß das schon zur Zeit meines Großvaters gewesen sein mit den Edlen von Bock.“

Begehren mit zunehmendem Mißbrauch — so habe sich ein US-Jeep in den Konvoi eines östlichen DDR-Staatsbesuchers eingedrängt —, doch fügte sich das Verlangen nahtlos zu den in letzter Zeit immer zahlreicher gewordenen Versuchen, den Sonderstatus von Ost-Berlin zugunsten einer vollen Eingliederung in die DDR zu verändern.

Als die Westmächte die Politik der Nadelstiche mit ihrer Londoner Berlin-Erklärung barsch zurückwiesen und ihre Kontrollfahrten durch Ost-Berlin demonstrativ verstärkten, schien es auch der Bundesregierung opportun, gegenüber der DDR auf Zeit zu spielen. Obwohl offiziell weiter Gesprächsbereitschaft beteuert wurde, beschied sie den um einen konkreten Termin einkommenden Kohl abschlägig. Ein Kanzler-Berater: „Wer nichts tut, kann auch keine Fehler machen.“

Vielleicht doch. Denn mittlerweile hat die DDR-Führung auf jene beiden Punkte schon ablehnend reagiert, die den Kern von Wischnewskis Verhandlungspaket ausmachen sollten: Strom für Berlin, Devisen für die DDR.

Das Angebot, den Kreditplafond für Großprojekte von gegenwärtig insgesamt 2,3 Milliarden Mark auszuweiten, sollte die von den Vorgaben ihres Fünfjahresplans unter Druck gesetzte DDR zu Zugeständnissen bewegen.

Doch schon als sich der deutsch-landpolitische Emissär der Union, der niedersächsische Finanzminister Walter Leisler Kiep, Ende Mai bei DDR-Wirtschaftlern umtat, gaben die ihm mit auf den Weg: An einer Erweiterung des Kreditrahmens bestehe kein Interesse. Und außerdem verlautete, die Energieversorgung West-Berlins sei derzeit kein Thema. Ein Kiep-Gesprächspartner: „Da läuft gar nichts.“

Zwar forderten die Wehner-Freunde Kanzler Schmidt auf, den Dialog mit der DDR dennoch zu beginnen. Die Auskunft der DDR könne ja auch bloße Taktik sein. Doch Schmidt, der auf neue Impulse bei der Visite des Chef-sowjets Leonid Breschnew im Herbst hofft, war lediglich bereit, mit einem Brief an SED-Chef Honecker den Kontakt nach drüben nicht gänzlich abreißen zu lassen. Kommentar eines Kanzler-Kritikers: „Briefeschreiben als Ersatz für praktische Politik.“

Den augenblicklichen Stillstand der Beziehungen bedauert keiner mehr als Dietrich Stobbe. Denn bevor Bonn die Verhandlungen mit der DDR nicht offiziell eingeleitet hat, kann er nicht jene Vereinbarungen mit Ost-Berlin unter Dach und Fach bringen, die bereits ausgehandelt waren, als West-Berlin ins Verhandlungskonzept der Bundesregierung eingebunden wurde: der Bau der Spandauer Schleuse, die Errichtung eines neuen Güterbahnhofs in Schöneberg und die Öffnung des Teltow-Kanals.

URAN

Schlange stehen

In einem Monat will Australien entscheiden, ob es den Europäern Natur-Uran liefert. Einer der Hauptinteressenten ist schon vor Ort: Bonns Wirtschaftsminister Friderichs.

Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs, auf Reisen in Australien, dementierte, so oft er nur konnte: Er sei nicht als „Uran-Einkäufer“ in den fünften Erdteil gekommen.

Betont selbstsicher versuchte Friderichs darzutun, daß er nicht 17 000 Kilometer geflogen sei, um als Bittsteller beim australischen Premierminister Malcolm Fraser anzuklopfen, der bei seiner Europa-Reise vor wenigen Wochen die EG-Partner verärgert hatte.

„Wie ein Holzfäller“, so ein EG-Beamter, hatte der Premier in rüdem Ton den Europäern klargemacht, daß sie Australien mit ihrer Handelspolitik — vor allem auf dem Agrarmarkt — schon sehr weit entgegenkommen müßten, wenn sie vom begehrten Uran etwas abbekommen wollten.

Fraser weiß um seine Stärke. Die Vereinigten Staaten ausgenommen, die ihre Vorkommen langfristig selber benötigen, verfügt Australien nach Kanada und Südafrika über die drittgrößten Uran-Lagerstätten der Welt. Dabei habe man mit der Prospektion erst begonnen, ließ Rohstoffminister John



Kernkraftwerk-Förderer Friderichs
Nicht als Bittsteller